



Interviews

Datum: 04.10.2023

Christian Dürr, FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzender, im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Tobias Armbrüster: Über die Migration und die aktuellen Vorschläge kann ich sprechen mit dem FDP-Fraktionschef im Deutschen Bundestag, mit Christian Dürr. Schönen guten Morgen!

Christian Dürr: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Dürr, wir haben es gehört: Die Einwanderungsdebatte hört nicht auf. Kriegt die Ampel-Koalition das nicht hin?

Dürr: Die Regierung kriegt zum Glück wesentlich mehr hin als ihre Vorgänger. Wir müssen die irreguläre Migration nach Deutschland begrenzen. Das ist doch ganz klar. Wir brauchen Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt, aber keine Migration in die sozialen Sicherungssysteme. Der Bund leistet seinen Beitrag insbesondere über die Migrationsabkommen. Das heißt, mit Herkunftsländern werden Abkommen geschlossen, dass auch diejenigen, die in Deutschland abgelehnt werden, wieder zurückgeführt werden können. Aber auch die Länder müssen ihren Beitrag leisten und deswegen, Herr Armbrüster, meine ganz klare Forderung: Die Länder müssen die Bargeldzahlungen an Flüchtlinge und an irreguläre Migranten einstellen, denn die sind ein Pull-Faktor, um nach Deutschland zu kommen. Das Gute ist: Der Bund hat bereits die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Das heißt, jedes der 16 Bundesländer darf das bereits. Meine Forderung ist, sie sollten das tun.

Armbrüster: Sie wollen Bezahlkarten, Prepaid-Karten einführen. Damit machen Sie den Kommunen dann noch mehr Arbeit. Warum denn eigentlich?

Dürr: Nein, ganz im Gegenteil. Es geht ja nicht darum, Sachleistungen im Sinne von den Gütern des täglichen Bedarfs vorhalten zu müssen. Das wäre tatsächlich ein bürokratischer Mehraufwand für Kommunen. Bezahlkarten hingegen sind sehr, sehr einfach. Sie sind sogar

leichter auszugeben als Schecks und Bargeld am Ende. Übrigens das Bargeld – da ist das Problem, Herr Armbrüster, dass vieles davon in die Heimat geschickt wird, und das kann ja nicht Sinn und Zweck der ganzen Sache sein. Bei den Bargeldsystemen könnten die Länder für ihre Kommunen flächendeckend etwas einführen. Ich wäre auch sehr dafür zu haben, dass alle 16 Länder sich zusammentun und ein Bezahlkartensystem einführen. Aber wir brauchen zwingend die Länder. Der Bund kann hier ja nichts machen, weil er selbst direkt keine Zahlungen an Flüchtlinge leistet. Das läuft über die Bundesländer und über die Kommunen und die Länder könnten von sich aussagen, in unserem Bundesland werden ab dem und dem Datum komplett Bezahlkarten, also solche Karten eingeführt, wo nicht Bargeld abgehoben werden kann, sondern ausschließlich die Güter des täglichen Bedarfs mit bezahlt werden können. Das müssen die Bundesländer machen.

Armbrüster: Herr Dürr, verzeihen Sie. Ein neues Bezahlssystem bundesweit einführen, das klingt für die allermeisten Leute, die das hören, nach einer Menge Bürokratie. Warum kommt so ein Vorschlag ausgerechnet von einer Partei, die sich gerne als antibürokratisch versteht?

Dürr: Herr Armbrüster, ich widerspreche in der Analyse. Es ist das Gegenteil von Bürokratie. Bürokratisch ist, dass alle Kommunen jetzt Bezahlchecks ausgeben müssen. Das ist viel bürokratischer als ein Bezahlkartensystem, was komplett digitalisiert ist, wo eine Karte ausgegeben wird und der Rest läuft automatisiert.

Und lassen Sie mich noch anfügen: Städte wie Hamburg oder Hannover, die haben sich schon auf den Weg gemacht. Und ich sage: Anstatt dass jetzt jeder einzelne Landkreis, jede einzelne Kommune das machen muss, könnten es die Länder machen. Und jetzt kommt der besondere Humor an der Sache: Der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Markus Söder, hat das 2018 für sich selbst bereits ins Klassenbuch geschrieben. Er hat gesagt, ich will das machen. Das war 2018 im Landtagswahlkampf. Jetzt erzählt er das gleiche wieder. Er hätte fünf Jahre Zeit gehabt, dieses System einzuführen.

Meine Forderung ist: Am 6. 11. Treffen sich die Ministerpräsidenten erneut. Bis dahin muss für mich ganz klar sein: Alle Länder sagen, jawohl, wir wollen auf Bezahlkartensysteme umstellen. Es geht technisch. Man muss sich kümmern, das ist richtig, aber das könnten die Länder und auch nur die Länder dürfen das.

Armbrüster: Aber es gibt seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden ein Bezahlssystem, das sich sehr bewährt hat. Das nennt sich Bargeld. Was ist daran falsch?

Dürr: Das große Problem – ich erwähnte es vorhin – beim Bargeld ist, dass ein Teil des Geldes schlicht nicht für die Güter des täglichen Bedarfs genutzt wird von Migrantinnen und Migranten, sondern es wird schlicht in die Heimat geschickt. Nun kennen wir die Zahlungsströme nicht im Einzelnen, aber natürlich steht der Verdacht im Raum, dass damit nachträglich auch die Kosten für Schlepper finanziert werden. Das kann ja nicht im Sinne des Erfinders sein.

Armbrüster: Und Sie schließen aus – verzeihen Sie -, dass jemand mit einer Prepaid-Karte etwas kauft und dann wiederverkauft, damit Bargeld bekommt und das dann anderweitig verwendet?

Dürr: Das ist nicht komplett auszuschließen. Aber an der Frage sehen Sie allein schon, wie hoch die Hürde wäre. Jemand müsste etwas kaufen und verkaufen. Das wäre teilweise illegal. Dann wären wir in einer ganz anderen Situation, als wenn jemand Bargeld abhebt und dann es per Transfersystem in die Heimat schickt. Das ist sehr, sehr einfach heute möglich und es ist ein Pull-Faktor in Deutschland. Deswegen noch mal: Die Länder, die das machen und die nicht mehr auf Bargeldleistungen setzen, skandinavische Länder, die haben damit gute Erfahrungen gemacht. Wir sollten es ihnen gleichtun.

Armbrüster: Herr Dürr, was spricht eigentlich dagegen, auch die irreguläre Einwanderung als Chance zu nutzen, zum Beispiel, um die Menschen als Arbeitskräfte zu gewinnen? Viele Forscher sagen ja, wir brauchen sowieso 300 bis 400.000 Einwanderer für unseren Arbeitsmarkt jedes Jahr.

Dürr: Deutschland war in der Vergangenheit sehr schlecht darin, Einwanderung für seinen Arbeitsmarkt anzuziehen. Darin werden wir besser, wir haben jetzt ein neues Einwanderungsrecht. Aber das ist das reguläre Tor, beispielsweise mit einem Arbeitsvertrag nach Deutschland einzureisen über ein Visum. Da müssen wir schneller werden, da ist auch das Auswärtige Amt gefordert.

Armbrüster: Wir sprechen über das Jetzt und da kommen jetzt 200.000 Menschen. Warum nutzen wir das nicht zumindest für eine Übergangszeit, um diese Lücke im Arbeitsmarkt zu stopfen?

Dürr: Einen Teil davon haben wir schon getan. Der sogenannte Chancenaufenthalt, das gilt für Geduldete in der Vergangenheit. Wir haben beim Einwanderungsrecht eine Änderung herbeigeführt, wo diejenigen, die schon da sind, die bereits gekommen sind, beispielsweise

unter dem Regime der Großen Koalition, dass die Arbeitserlaubnisse bekommen. Ich bin da für vieles offen. Nur ich will eines sagen: Die Tore müssen klar sein. Wer nach Deutschland kommen möchte und arbeiten möchte, der soll über das Arbeitsmarktsystem kommen, über das Einwanderungssystem kommen, nicht über das Flüchtlings- und Migrationssystem. Das muss klar sein. Ich bin offen dafür, dass Menschen, die bereits hier sind, auch arbeiten dürfen. Da habe ich großes Verständnis dafür, dass die Leute sagen, bevor diese Menschen von Sozialleistungen leben, sollen sie lieber von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können. Da bin ich sehr, sehr offen und das sollte beispielsweise für diejenigen gelten, die eine gute Bleibeperspektive haben. Aber einfach ein weiteres Tor zu öffnen, was dann irreguläre Migration noch größer macht, das kann es sicherlich nicht sein. Noch mal: Ich bin sehr dafür, als Partei des Arbeitsethos, sage ich mal, als FDP sehr dafür, dass Menschen für ihre Leistungen auch arbeiten. Nur die Dinge müssen getrennt bleiben, einerseits Migration, Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt, und andererseits die Frage von Flüchtlingsunterbringung, und da müssen wir uns auf diejenigen konzentrieren, die wirklich politisch verfolgt sind. Das kann nicht so weiterlaufen wie bisher. Deswegen muss die irreguläre Migration nach unten, keine neuen Pull-Faktoren. Das muss klar sein. Aber für Arbeitsmöglichkeiten bin ich im Grundsatz jedenfalls offen.

Armbrüster: Wir haben heute Morgen schon viel über die Lage in den einzelnen Kommunen gehört, unter anderem aus Thüringen, auch aus Hessen. Warum unterstützt der Bund eigentlich die Kommunen nicht besser? Dann wäre ein großer Teil dieses Problems schon behoben, wenn es mehr Unterkünfte geben würde. Es ist ja letztendlich ein Geldproblem.

Dürr: Es ist leider kein Geldproblem. Ich glaube, das ist ein Mythos zu glauben, man müsste einfach nur mehr Steuerzahlergeld aufwenden und dann wäre das Problem gelöst. Die Zahlen müssen nach unten.

Armbrüster: Aber es geht immer um Unterkünfte, um Integrationsmaßnahmen, um Männer und Frauen, die beschäftigt werden müssen, um Sprachkurse, um diese ganzen Dinge zu leisten, und davon gibt es einfach zu wenig. Wenn man die bezahlen kann, wenn man sich das leisten kann – und Deutschland könnte sich so etwas sicher leisten -, dann wäre ein Großteil des Problems behoben.

Dürr: Es ist nicht Deutschland, dass sich das leistet, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Da will ich ganz kurz Partei ergreifen. Niemandem ist doch beizubringen, welche Ebene, was die bezahlt. Das was der Bund bereits tut ist ja mehr als in der Vergangenheit. Wir zahlen beispielsweise die Unterbringung und auch den täglichen Bedarf für alle Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, als Bund, und das ist auch absolut richtig.

Aber noch mal: Es kann doch niemandem erklärt werden, dass wir einfach nur mehr Geld ins System geben.

Klar ist doch eigentlich allen Beteiligten heute, dass die irreguläre Migration nach Deutschland nach unten muss, und das heißt, Pull-Faktoren beenden – darüber wurde eben gesprochen -, und das heißt, dass Kommunen vernünftig ausgestattet sind. Aber einfach nur mehr funktioniert hier nicht. Die Zahlen müssen nach unten.

Armbrüster: Wie sollen die Zahlen nach unten gedrückt werden, Ihrer Meinung nach?

Dürr: Das eine ist das, was ich vorhin sagte. Die Länder könnten sofort, weil wir die Rechtsgrundlagen als Bund geschaffen haben, ihren Beitrag leisten und die Bargeldzahlungen einstellen.

Armbrüster: Das wird zunächst mal niemanden davon abhalten. Das wird diese Entwicklung zumindest nicht kurzfristig stoppen.

Dürr: Aber andere europäische Länder haben damit sehr gute, auch kurzfristige Erfahrungen gemacht. – Zum zweiten müssen wir das tun, was auch leider die Vorgängerregierung unter Unions-Führung nicht hinbekommen hat, nämlich auf europäischer Ebene einen Asylkompromiss schließen, wo die Verteilung der Flüchtlinge in Europa gerechter werden wird, wo wir vor allen Dingen, Herr Armbrüster, einen soliden Außengrenzschutz haben. Es muss die Idee dahinter sein, dass wir Kontrolle darüber haben, wer nach Europa kommt. Da tun wir sehr viel auf europäischer Ebene und dieser Kompromiss steht kurz bevor – zum Glück, weil Deutschland endlich sein Veto zurückgezogen hat.

Armbrüster: Sie sagen, er steht kurz bevor. Viele würden wahrscheinlich sagen, das sind sehr langfristige Pläne. Wäre es nicht an der Zeit, den Menschen in Deutschland zu sagen, dass Einwanderung im großen Stil, möglicherweise auch irreguläre Einwanderung der Normalfall wird?

Dürr: Das hielte ich für Grund falsch. Ja, wir werden mehr Einwanderung haben, aber in den Arbeitsmarkt, und ich glaube, da sind die Menschen in Deutschland sehr, sehr offen für, wenn Menschen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben wollen, sich integrieren wollen und hier langfristig leben wollen. Aber die irreguläre Migration, das heißt da, wo wir keine Kontrolle haben, die muss runter. Diese Kontrolle müssen wir zurückgewinnen. Da können die

Länder ihren Beitrag leisten, das haben wir gesagt. Der Bund leistet seinen Beitrag über die Migrationsabkommen. Da geht es insbesondere um Rückführung. Auf europäischer Ebene haben wir die gemeinsame Asylpolitik zum Glück kurz vor dem Abschluss. Diese drei Ebenen können ihren Beitrag leisten, um die irreguläre Migration nach unten zu bringen. Aber richtig ist: Ja, wir brauchen Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Aber ich finde, die Dinge müssen voneinander getrennt betrachtet werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.